

Bezugspresse: Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6,00 Mark, vierteljährlich 18,00 Mk., durch die Post 18,00 Mk. ausföhl. Zustellungsgebühr. Die Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unvollständig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung mit der Quellenangabe. Code-Zeitung gest. fern. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

# Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Rahmen bis 28 mm breite Mittelzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenverlage. Erfüllungsort: Halle. Erscheinung täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Geschäftsleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Draubausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 55 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604

Nr. 297.

Halle, Dienstag, den 29. Juni 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Das Programm der neuen Regierung.

Vorstellung des neuen Kabinetts im Reichstage — Eine Erklärung des Reichstanzlers Fehrenbach — Wohlwollende Haltung der Mehrheitssozialisten — Abrechnung Scheidemanns mit den Unabhängigen.

### Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht.

2. Sitzung, Montag, 28. Juni, 11. Uhr vorm.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme der

#### Erklärung der Regierung.

Reichstanzler Dr. Fehrenbach sagte u. a.: Der ersten Verantwortung die sie der Volksgemeinschaft gegenüber auf sich genommen hat, ist sich die neue Regierung voll bewußt. Der Schwere, der sie erwartenden Aufgaben entsprechen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei ihrer Bildung überwunden werden mußten. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an ihr Werk geht, so tut sie es in der Überzeugung, daß das hohe Haus von dem Verantwortungsgefühl befeuert, ein auf gegenständliches Vertrauen getragenes Vertrauen ermöglichen und nach Kräften fördern wird. Nachdem dann der Kanzler unter dem Beifall des Hauses der alten Regierung den herzlichsten Dank des Vaterlandes ausgesprochen hatte, fuhr er fort:

#### Das Programm der neuen Regierung.

das ich nunmehr Ihnen unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hoherfreudlichweise ist dabei eine Reihe von Überlegungen in sämtlicher Kabinettsmitglieder zutage getreten. Die Konferenz in Spa steht unmittelbar bevor, sie gibt mir Anlaß zunächst ein Wort zu sagen über

#### unserer auswärtige Politik.

Alle unsere Beziehungen zum Ausland stehen unter dem Zeichen des Friedensvertrages von Versailles. Die Lasten, die er dem deutschen Volk auferlegt, sind unermesslich groß und in der ersten vollen Schwere kaum erlitten. Nachdem aber der Zustand den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung inländisch die bisher feindlichen Staaten nicht zur Verrückung verstehen, kaum eine andere Möglichkeit in der inneren, wie in der äußeren Politik geben als das Streben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Soweit dies möglich ist, besonders in der Herabsetzung der Heeresstärke, in sonstigen Abrüstungsmaßnahmen und in der Wiedergutmachung. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammenfassung der Reichsregierung auf ihre Stellungnahme keinen Einfluß. Wenn Verdienste und Anwartschaften die diesbezüglichen Leistungen im Hintergrunde stehen, so wird es die Aufgabe der neuen Regierung sein, unerschrocken darauf, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben. Wenn trotzdem nicht alle Vertragsbestimmungen nach dem Wortlaut durchgeführt worden sind, so liegt das nicht in bösem Willen Deutschlands, sondern in den Verhältnissen, die stärker sind, als sein guter Willen. (Ganz richtig!) Zu diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das in unseren Gegnern immer noch gegen Deutschland herrscht. (Sehr gut.)

Wir werden es als unser vornehmste Aufgabe betrachten, den Verdiensten und Leistungen des deutschen Volkes, die während des Krieges von dem Gegner und den Mächten der Erfüllung der Friedensbedingungen bestritten, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volke eine politisch-politische Träume oder Revanchgedanken umsonst weniger Boden finden, je einseitiger man ihnen entgegentritt, und daß jeder gute Deutscher jetzt nur das Lösungswort kennt, das, was der Krieg zerstört hat, in ruhiger und fester Arbeit wieder aufzubauen. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die Schwierigkeiten und mannigfaltigen Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaus zwischen den Beteiligten nun mindestens besprochen werden können und können die Besprechung aus leicht begreiflichen Gründen nicht vortreiben.

#### In unserer

#### inneren Politik

Als unsere dringlichste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform inoffiziell weiterzuführen ist der einheitliche und feste Wille der Regierung (Beifall). Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsgemäße Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufzucht einer Klassenherrschaft oder die Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. (Anruhe bei den U. S. Beifall rechts.) Unser Ziel ist eine

#### Politik der Verständigung

(Anruhe und Zustimmung bei den U. S.) und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassensatz, jede soziale und religiöse Vergewaltigung.

Was uns jetzt vor allem tut ist Ruhe und Ordnung in unserm Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit. Führen mit den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reiches ausgelebt hat. (Zurufe der U. S.: Das sagen Sie nur zu der Rechten.) Dem Appell an die Gewalt muß und wird die Regierung ungeteilt nach allen Seiten tatkräftig entgegenzutreten und jeden Versuch einer gewalttätigen Umwälzung, woher er auch kommt, niederzukämpfen. Auf den Grundrissen der Verfassung von Weimar soll der Ausbau des inneren Staatswesens durchgeführt werden. Die Regierung wird sich dabei von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß den Ländern im Rahmen des Reiches Rechtsfreiheit der Entwicklung gewährt und geschaffen werden soll. (Beifall.) Einer Überplanung der Zentralisierung werden wir uns widersetzen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk gegen die feine unerklärliche Zurechtweisung der derzeitigen U. S. ist in der Meinung über das zukünftige Schicksal von Teilen Ost- und Westpreußens und von Ober-Schlesien die durch Jahrhunderte bewährte Einigung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache ermöglicht. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) In ähnlichem Sinne gebeten wir der Bevölkerung von Eupen und Malmedy.

#### Die Durchführung der

#### Neuorganisation der Reichswehr

wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zustimmung rechts, Zwischenruf links: Fort mit der Reichswehr.) Handel und Verkehr, jense Gewerbe und jede Arbeit sind durch die unangenehme Steigerung der Preise des Papiergeldes und die sich daraus ergebenden Einkümpfe aufs äußerste gefährdet. Die Gefahr muß begegnet werden mit allem, damit wir unser Volk vor dem Elend eines Zusammenbruchs der Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft bewahren und darum muß

#### die Sanierung der Reichsfinanzen

mit allem Nachdruck gefordert werden. Wenn die neuerfindenen Einnahmequellen sich entsprechend der Forderungen entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden Einflüssen, darunter allerdings 3 Milliarden einmalige Steuern. Über trotz dieser Steuermaßnahmen werden die Schulden wachsen und zwar in einem sehr bedeutendem Maße, denn Milliardenbeträge sind auf Schulden zu nehmen insofern des Friedensvertrages, des Wiederaufbaus und der Selbstbetriebe der Verkehrsverwaltung. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unserer Reformarbeit auf diesem Gebiet. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Weiter muß unsere Volkswirtschaft durch die Wiederverkehrung unserer Güterzeugung gefördert werden. In unsere einzige Rettung liegt in der Steigerung unserer Güterzeugung, die ständig wachsen und unablässig mit allen Kräften gefördert werden muß.

#### Unsere Ernährungslage

ist nach wie vor besorgniserregend. Für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung werden wir auf sehr große weitere Zufuhren von Lebensmitteln aus dem Ausland angewiesen sein. Wollen wir wirtschaftlich wieder gefunden, so gerügt es nicht, das Volk auf die bisherigen dürftigen Rationen weiter zu beschränken. Unser Bestreben muß daher in der nächsten Zukunft auf größtmögliche Steigerung der Lebensmittelförderung gerichtet sein. Bei dieser Gelegenheit muß ich mit tiefstem Dank der großherzigen Hilfe ausländischer Menschenfreunde gedenken, welche 100 000 schwache deutsche Kinder speisen. Eine besondere Botschaft darf besonders von der begonnenen

#### Auflösung der Zwangswirtschaft

erwartet werden. Es kann aber nur ein planmäßiger Ausbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion und der Versorgung Rechnung trägt. Aber immer bleibt das Risiko unserer Ernährung unsere heimische Landwirtschaft. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktivkraft ist eine der ersten Voraussetzungen unseres Wiederaufbaus. Die Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die größtmögliche Förderung von Ruhe und Gut zu sichern.

#### Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen

#### Gesetze über Sozialisierung

insbesondere über Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft werden Lokal durchgeführt. Die Arbeiten der Sozialisierungskommissionen sollen fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung muß Steigerung der Produktion sein. Die Regierung legt es sehr, daß gleichgültig mit dem

neuen Reichstag der Reichswirtschaftsrat seine Arbeit be- ginn.

#### An der

#### Fortführung der Sozialreform

hält die Regierung fest. Eine Anpassung der Reichsversicherung an die veränderten Verhältnisse wird erfolgen müssen. Die Regierung denkt dabei vor allem an den Aufbau neuer Lohnklassen und an eine neue Festlegung der Beiträge entsprechend den höheren Leistungen der Invalidenversicherung. Eine Vorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. Im engsten Zusammenhang mit dieser Frage steht die Frage der Förderung der Landwirtschaft und der Förderung des Heimatkulturbereiches. In Anlehnung an die

#### Reichsverordnung für die Kriegs-

#### beschädigten

soll auch die Entschädigung derjenigen Personen geregelt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen einen körperlichen Schaden erlitten haben. Zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter befinden sich verschiedene Gesetze in Vorbereitung.

#### Die Neuordnung der sozialen Sonder-

#### gerichtsbarkeit

ist in Vorbereitung. Wir hoffen zuversichtlich mit dem Ausbau der gesetzlichen Vertretung der Arbeiter eine neue wichtige Etappe zurücklegen auf dem Wege zum wirtschaftlichen und sozialen Frieden. Es ist der ehrliche und untrügliche Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterzeitung, sondern mit ihr zu regieren. (Beifall.) Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unseren Willen. Das glaube ich ohne Widerrede feststellen zu dürfen. Der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt der sozialdemokratischen Partei Verpflichtungen gegenüber einer Regierung die nicht wie bisher gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr und für sie regieren will. Wir wollen sein eine Regierung der Verständigung, des Ausgleiches der Gegensätze, des Auftrufs an die ganze deutsche Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes. (Zurufe der U. S.: eine Karte.) Auch ist uns sehr lieb, jene Ehrlich der argo- horten Rechte zu sein, in die alle Wohninhaber einschlagen können. Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland auf diese Stelle geführt.

Der Kanzler schloß: In einer Stunde der Not und folgenwertigen Entscheidung treten wir vor dem deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen, Trennendes zurückstellen und uns zusammenfinden in dem Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf das Deutschland lebt. (Lebhafter Beifall und Händeläutchen.)

Nach Erledigung der Angelegenheiten Internationalen und Neuordnung des Reichsrats an den Haushaltsausschuß vertagte sich das Haus auf drei Uhr nachmittags.

#### 3. Sitzung.

Montag, 28. Juni, nachmittags.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr nachmittags wies das Haus bei weitem nicht mehr die Fülle des Vormittags auf. Auch die Tribunen zeigten große Müde.

Präsident Voebke eröffnet die Sitzung ¼ 4 Uhr und er- teilt das Wort dem

Hr. Scheidemann (Soz.), der erklärt, er wolle kurz sprechen und hoffe, daß sein Beispiel auf die weiteren Beratungen des Reichstages einwirken werde. Die Erklärung der Regierung stehen freilich manches vermissen, was seine Partei gern gesehen hätte, aber im allgemeinen könne man mit dem Programm einverstanden sein. Die gute Absicht Fehrenbachs, die Reinheit seines Willens fänden sich für ihn außer jedem Zweifel. So habe er auch das feste Vertrauen zu ihm, daß er mit seiner Person für den Schutz der Verfassung einstehe werde. Das Kabinett werde seine Partei auf seiner Seite haben, wenn es dem heute gefassten gemeinsamen Programm der Arbeiterzeitung gegenüber überreuehete. Ebenso werde es sie zum Gewinn haben, wenn es jemals die Bahn der Verfassung auf bes- serem Wege der Zukunft des deutschen Volkes zu eröffnen liege. Wenn jetzt zum ersten Mal die Sozialdemokraten im Kabinett nicht vertreten seien, so sei das allein der Politik der Unabhängigen zu danken.

Fortwährend von Zwischenrufen unter- brochen, hält Redner

#### mit den Unabhängigen Abrechnung

denen er Eigenwilligkeit, Kurzschichtigkeit und Verblendung vor- wirft, die zur Zerstückelung der Reichsregierung geführt

Warten. Er wartet vor jedem Verlust der Herrschaft gewalttätiger Umwälzung.

Sobald wendet er sich an die Deutsche Volkspartei, die er danach wartet, den Forderungen der äußeren Parteien zu folgen. Er wird für Kruppelle Führung des Wahlkampfes. Er wird hierauf das Programm seiner Partei und fordert vor allem die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die namentlich im Hinblick auf das Warburger Urteil als eine Schmach empfunden werde. Scheidemann behauptet, daß die Ausführungen des Kanzlers über die Sozialisierung unmöglich geblieben seien und verlangt die Freisetzung des Oetinger als erstes. Er verlangt die Freisetzung des Politikers als Pflicht der Regierung, die ihn von unseren feindseligen Absichten zu überzeugen, auch Rußland. Deutschland müßte es ernst nehmen, seine Pflichten zu erfüllen. Nur die internationale Solidarität des arbeitenden Volkes könne die Wunden des Krieges heilen. Das sage er auch den Männern, die in Spa unsere Interessen wahrzunehmen haben. Diese könnten auch die Überzeugung gewinnen, daß sie in diesen Tagen das deutsche Volk in großen Mitleid hinter sich hätten, wenn sich auch vielleicht später die Wege scheideten würden. Die augenfällige Verbesserung der Arbeiterfrage, die sich in den Wahlergebnissen wiederpiegeln, werde sich wieder geben. Dann werde auch die Stunde für den Sozialismus schlagen.

Hg. Rebebour (U. S.) erklärt, seine Partei habe den Eintritt in die Regierung abgelehnt, weil die Wahl klar den Sozialisten habe, daß das Volk die Koalitions-Parteien verurteilt. Die Unabhängigen müßten ihre ganze Verantwortung ins Gesicht schlagen, wenn sie einer solchen Koalition sich anschließen hätten. Alles, was die Mehrheitssozialisten sich aus der Koalition auf den Hals geladen hätten, hätte dann seine Partei mit ausbaden sollen. Alsdann die Koalition unmöglich wurde, hätten die Mehrheitssozialisten sich aus neue an die Unabhängigen gewendet. Selbstverständlich hätten dann diese ihre Forderungen gestellt. Aber jetzt ist die Unabhängigkeit und darauf sei das sozialistische Kabinett gefestigt. Seine Partei habe bei ihrem Programm, daß für fünf Millionen Stimmen verschafft habe. Er gebe zu, daß einzelne Mitglieder seiner Partei abweichende Ansichten gefunden hätten. Darauf aber komme es nicht an, das Partei-Programm sei bindend und hieran halte auch die Reichstagsfraktion fest. Die Einigung im Parlament sei freilich auf dem Wege, aber nicht dem Weg über das Parlament. Der Kampf gegen die Koalition werde das einigende Band bilden. Dann werde auch der Tag kommen, wo die Mehrheitssozialisten Hand in Hand mit uns gehen.

Rebner kommt Johann auf die Kanalarbeite zu sprechen, aus der er leider nichts greifbares habe entnehmen können. Er erinnert an die noch heute bestehenden Lütwinig- und Kapplente. Was ist gegen die Diktatorien, die auf der Seite des Passages gefahren hätten? Statt die Truppen aufzulösen, würden ihnen Schrotkaten in die Heimat gegeben, als ein Zeichen der Achtung. Ein solches Zeichen, das eine militärische Nebenregierung in reaktionärem Sinne an der Arbeit sei, die härter sei, als die Regierung. Demgegenüber müßten die Arbeiter sich rechtzeitig auf den Generalkrieg einrichten.

Wenn der Regierung in der Arbeiterfrage die Politik der bisherigen Regierung festhalten wolle, so sei dem Arbeiter damit nicht gebietend, denn die alte Regierung sei ihm so gut wie alles schuldig geblieben. Das Kabinett wolle Ruhe und Ordnung. Wenn der Reichstag die Zwangsverwaltung nur in geringen Grenzen weiterführen wolle, so sei er damit nicht einverstanden. Die Zwangsverwaltung müsse in einem gewissen Maße ausgeübt und alle Vorräte in Staatsbesitz genommen werden. Rebebour fordert weiter die

**Sozialisierung des Großgrundbesitzes und des Wohnungswesens**

Das Proletariat werde seine Forderungen mit immer größerer Energie geltend machen und jedes Mittel anzuwenden, was es zu diesem Ziele herbeiführt. In Spa werde der Reichstagler ebenfalls den Versuch machen, eine Milderung der Friedensbedingungen durchzuführen. Eines der besten Unterstufungsmittel hierzu würde die Aufhebung des stehenden Heeres sein. Wir können aber nicht erwarten, daß die herrschenden Klassen der Westmächte dem entsprehen werden. Das können nur die Arbeitermassen aller Völker einschließlich Amerikas tun. Unsere Arbeit ist es, diese Massen in unserem Sinne zu überzeugen. Nur so ist gegenfeindliche Verdrängung der Völker und ewiger Frieden möglich. Am Schlusse seiner Rede trat Rebebour für Frieden und Ausgleich mit Rußland und Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehung zu Rußland ein. Dazu werde seine Partei gern mitwirken.

Hg. Dr. Herz (D. N.) bekräftigt die Preisüberhöhung der Koalitionsparteien, welche den Ausfall der Wahlen als eine Dummheit der Wähler hingestellt hätten. Er schildert lobend die Verhandlungen über die Regierungsbildung, die wie ein falkter Wasserkratz auf die Wähler gewirkt hätte. Aber wenn man an die Forderungen der Demokratie von 17 erinnert, daß kein Reichstagler ohne vorherige Verständigung mit den Parteien ernannt werden dürfe, frage man sich doch, wo sei das alles geblieben. Es sei kein gewisses Gefühl der Abstumpfung gekommen, daß man sich sage, das sei einleuchtend. Man habe so den Einbruch eines Handelsbolschevis. Nach jeder Revolution komme ein Rückschlag, das sei auch jetzt der Fall gewesen. Klar sei es jedenfalls, daß im deutschen Parlament nur eine Koalitionsmehrheit möglich sei. Wenn sich der Kanzler jetzt an die Unabhängigen wende, sei das nach dem Ausfall der Wahl erklärlich, gleichgültig, was die Antwort der Unabhängigen die Sache klarlegt. Die Unabhängigen sind gegen jede Demokratie und gegen jede Koalition, also auch gegen die Verfassung. Für sie gilt die Diktatur des Proletariats (Protokoll, Zuruf: Sie selbst sind gegen die Verfassung). Solange ich Vorsitzender der Deutschnationalen Partei bin, wird ich vom Boden der Verfassung stehen. Die Mehrheitssozialisten lagten sich von der Koalition los, damit ihre Mehrheitssozialdemokratie als jeder produktiven Wirkung unfähig sei erklärt. Die andere Lösung war ein gemeinschaftliches Kabinett, worüber wir keinen Zweifel gelassen haben.

**Das Volk ist es, das Autorität.**

Die Demokraten wollten nicht mit uns zusammenarbeiten, das haben wir ihnen klar ins Programm gar nicht einmal angeht. Die Deutschen Volkspartei hat gegen die Regierungsbildung die Waffen gefehrt habe. Dem Wahlsieg haben wir Seite an Seite gefehrt. Deshalb hätte seine Partei sich zu uns bekennen müssen. Die Regierungsbildung ist ein Verlegenheitsprobi.

(Schluß folgt.)

**Die Frage der Zwangsverwaltung.**

Artenberg, 27. Juni. Die Beratungen des Landtagsausschusses zur Frage der Zwangsverwaltung führten zu dem Ergebnis, daß nur die Beibehaltung der Zwangsverwaltung für Müll, Dücker, Fräsegeräte, Gerste, Haber, Zucker und für den Handel mit Holz noch notwendig bezeichnet wurde. Für die übrigen Artikel wurde die abschließende Aufhebung der Zwangsverwaltung, ebenso die sofortige Beibehaltung nicht mehr notwendigen Kriegs-Gesellschaftien gefordert. Die rechtlich unzulässige Veräußerung dieser Gesellschaftien durch Zwangsverwaltung hinsichtlich des Fortlandes und des Kats ist nicht abgebaut werden. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

**Die Verteilung der deutschen Kriegenschnidung.**

R. Jürich, 28. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Frage der Verteilung der deutschen Kriegenschnidung scheint nun endgültig im englischen Sinne geregelt zu sein, wonach die Aktien 5 und 11 ein Verhältnis darstellen. In dem Protokoll vom 13. Dezember 1919 über diese Frage heißt es, wie der „Welt-Bericht“ mitteilt, wörtlich, daß der Anteil an der Beibehaltung der Frankreich und Großbritannien zugeteilt wird, zusammen im Verhältnis 11 zu 5 geteilt werden soll. Nach einer Information der „Tribuna“ sind in der interalliierten Vorkonferenz in Göttinge am 2. Juni die Fragen der Verteilung der deutschen Kriegenschnidung auf ganz anderer Grundlage besprochen worden. Italien dürfte einen größeren Anteil erhalten als ursprünglich vorgesehen wurde. Die Abmachungen der ersten Konferenz von Göttinge sollen nur als Privatvereinbarung zwischen Frankreich und England gelten, die Italien nicht berühren.

**Die Vertriebsbeamten und die Reichsbefehlsordnung.**

Berlin, 28. Juni. Von zulaufender Seite wird uns mitgeteilt: Die schwebenden Verhandlungen über die Einziehung der Vertriebsbeamten der Länder (Eisenbahn und Post) in die Reichsbefehlsordnung sind seit einiger Zeit ins Stocken geraten, weil die Vertriebsbeamten mit weitgehenden Ansprüchen herorgetreten sind. Es hat sich herausgestellt, daß die neuen Befehlsordnungen der Länder in veränderter Beziehung über die Bestimmung der Reichsbefehlsordnung hinausgehen. Die geltenden Bestimmungen werden alsbald zu den Verhandlungen der Beamten grundsätzliche Stellung nehmen müssen.

**Ein Opfer deutschnationaler Hege.**

Königsberg, 28. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der Begründer und Herausgeber der Königsberger Zeitschrift „Deutsche Angabe“, Beckmann, kündigt in der gestrigen Ausgabe seiner Zeitung an, daß diese ihr Erscheinen einstellen würde, da von deutschnationaler Seite anlässlich der von der Partei gegen den ehemaligen Oberpräsidenten Brauns gerichteten Angriffe gegen die Zeitung und ihren Herausgeber ein beträchtliches Material verankert wurde, das ein geistliches Arbeiten nicht mehr möglich erscheint.

**Grenzerziehung polnischer Soldaten.**

Königsberg, 27. Juni. (Eig. Meldung.) Aus Mierowen (Polen) wird gemeldet: Der einige Zeit vor ein polnisches Oberleutnant über die Grenze gekommen und bei einem Festher in Dienst getreten. Als er vor einigen Tagen auf einem Felde neben der Grenze arbeitete, wurde er von polnischen Soldaten erobert und durch Gewehrschüsse tödlich verletzt. Die Soldaten überprüften dann die Grenze und misshandelten den Schwerverletzten durch Raubhiebe. Eine Patrouille der Sicherheitswehr veränderte die Entführung des Mannes.

**Der erste Städtetag in der Grenzmark Westpreußen-Posen.**

Von Oberbürgermeister Sahnandenburg.

„Ein Städtetag in schwarzer Nacht“ rief ich aus, als ich aus Schneidmühl folgende Depesche erhielt: „Erster Städtetag der Grenzmark Westpreußen-Posen am 15./16. Juni. Es werden herzlich eingeladen. Oberbürgermeister Krause.“

Grenzmark Westpreußen-Posen! Ob viele im Reiche wissen, was dieser Name bedeutet? Er umfaßt die Gebiete, die uns von unseren jähigen Provinzen Westpreußen und Posens noch geblieben sind. Er bezeichnet eine frischblühende Stelle an unserem Staatskörper, den Stumpf eines seiner wichtigsten Glieder, dessen großer Teil ihm durch den Friedensvertrag von Versailles abgerissen wurde. Wird dieser Stumpf wenigstens erhalten bleiben? Oder wird das Operationsfeld eigener Staatsregierung in Interesse der republikanischen Verwaltung und aus Ehrgeiz der Provinzen der Welt der Feinde vollenden? Mit aller Energie habe ich mich innerlich als Oberpräsident meiner Heimatprovinz Westpreußen dafür eingesetzt, daß man die Reste der Provinz Westpreußen und Posens nicht an die Nachbarprovinzen aufteilen dürfe, habe ich immer wieder darauf hingewiesen, daß man dadurch den vielen verhängnisvollen Fehlern unserer Zivilpolitik einen neuen, ganz unvorstellbaren hinzufügen würde. Denn wäre es nicht unvorstellbar, wenn man die beiden Namen an die sich so großen Erinnerungen knüpfen, die Millionen dort Beherrschter und Heimatberechtigte, im tiefsten Herzen teuer sind, einfach türen würde, wäre es nicht unvorstellbar, wenn man die Erinnerung an eine der größten Leistungen der Staatskunst Friedrichs des Großen, an eine bewundernswürdige Schöpfung jähher attpfeuhlicher Verwaltungsbearbeitung auflösen wollte? Und wäre es nicht ein unvorstellbarer politischer Fehler, wenn man die einzige Stelle befehlen würde, die wirtschaftliche Sachkenntnis der deutschen Bevölkerung, die enge persönliche Verbindung mit ihnen besteht, die die Verbindung mit unseren Deutschen in den abgetrennten Gebieten aufrechterhalten, die diesen das sein kann, was der Schicksal vom Schicksal in schwarzer Nacht und fremden Fahrwasser ist? Kann man eine Politik der Hoffnung und der Zuversicht auf bessere Zeiten mit einem Verzicht, mit der Spaltung von Vorfänden beginnen, die das uns aufgewogene Unrecht bis in seine letzten Folgen hinein zu verewigen scheinen? Man prüfe nur einmal mit ruhiger Überlegung die gestellten Fragen nach und man wird ganz gewiß zu dem Ergebnis kommen, daß diese Grenzmark Westpreußen-Posen für eine planmäßige, Erfolg versprechende Entwicklung einfach unentbehrlich ist. Und doch muß sie immer noch schon um ihr bloßes Vorhandensein ringen! Immer wieder werden an maßgebender Stelle Stimmen laut, die oben angeführten Verwaltungs- und Finanzbedenken für unüberwindlich erklären. Gemäß

Sparlichkeit tut uns wahrlich not. Aber Sparlichkeit am unredlichen Ort kann schlimmste Verschwendung der Lebenskraft bedeuten.

Doch will leben in einer Zeit des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Bevölkerung. Was sagen, was wollen die Bewohner dieser Landesteile selbst? Es war unglücklich ein ausgezeichneter Gedanke des Schneidmühl Oberbürgermeisters, einen Städtetag für die in Frage kommenden Gebiete einzuberufen mit dem ausgedehnten Zweck, auf diese Frage seitens der berufenen Vertreter der Städte Antwort zu geben. Sie ist völlig klar und mit einer Bestimmtheit der Wärme erreicht worden, die keine Zweifel darüber lassen, daß die Vertreter der Städte die Schaffung der Grenzmark Westpreußen-Posen für eine unbedingte Notwendigkeit halten, daß sie alles dazu tun wollen, um dieses Ziel zu erreichen und jeder Maßnahme mit allen Kräften widerstreben werden, die geeignet ist, Hindernisse und Schwierigkeiten auf diesem Wege zu schaffen. Und erfreulicherweise ging aus den Erklärungen der Vertreter der örtlichen Regierung hervor, daß diese durchaus denselben Standpunkt einnimmt. Doch sei lassen sie sich von Wüthungen für ihre Person wahrlich nicht leiten. Eine ungeheure Arbeitslast, die sie die Auseinandersetzung mit den Völkern, die Schwierigkeiten, die von diesen immer wieder gemacht werden, zur Folge haben muß, ruht auf ihnen, und viele von ihnen sind schon seit vielen Monaten von ihren Familien getrennt und müssen für weitere Monate mit dieser Trennung rechnen. Über auch andere gewichtige Stimmen aus der Bevölkerung wurden auf der Tagung beauftragung. Die Abgeordneten aller politischen Richtungen mit Ausnahme der Unabhängigen haben sich auf eine Entschließung geeinigt, die sich einschließlich für eine Grenzmark Westpreußen-Posen ausspricht und, was besonders bemerkenswert ist, die Vereinigungen der Landarbeiter haben ganz aus sich selbst heraus eine Erklärung beschlossen, die in vorrefflichen Ausführungen das selbe fordert.

Ich hätte wohl gewünscht, daß noch viele Deutsche aus allen Gebieten unseres Vaterlandes diese wichtige erhebende Tagung beigewohnt hätten. Sie hätten beobachtet können, wie viel Kraft, Stolz, Zuersticht in der Bevölkerung unserer Grenzmark lebendig ist, wie wert sie es ist, daß man ihr vertraut oder auch ihr nach Kräften hilft. Und dieser Eindruck hätte sich für diesen Beobachter verstärkt bei der Besichtigung der Stadt Schneidmühl, die im Hinblick an die Tagung vorgenommen wurde. Das spätere Wort vom Taten: wo sich die größte Güte zeigt, das Bortreue von seiner Heimat, die Wohlwollen aller politischen Richtungen mit Ausnahme der Unabhängigen haben sich auf eine Entschließung geeinigt, die sich einschließlich für eine Grenzmark Westpreußen-Posen ausspricht und, was besonders bemerkenswert ist, die Vereinigungen der Landarbeiter haben ganz aus sich selbst heraus eine Erklärung beschlossen, die in vorrefflichen Ausführungen das selbe fordert.

Ein Städtetag in dunkler Nacht! Mit dieser Hoffnung war ich nach Schneidmühl gefahren, mit dieser Überzeugung kehrte ich wieder zurück. Wenn man in dem am härtesten betroffenen Teile unseres Vaterlandes so einmütig, zuversichtlich und zielbewußt am Wiederaufbau arbeitet, dann dürfen wir auch für unser ganzes, so unglücklich dieses Volk zur die Zukunft kann, über dieser Zukunft dieses Landes Ausbruch gegeben werden, und deshalb möchte ich mit der bringenden Bitte: Nehmt Anteil an diesem Ringen der Grenzmark Westpreußen-Posen! Unterstützt es durch euer Interesse, durch Wort und Schrift, denn diese Grenzmark ist von höchster Bedeutung nicht nur für den Osten, sondern für ganz Deutschland!

**Deutsches Reich.**

**Auf dem Wege zum Staatsstillschloß?**

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Unter dem Schutze der Reichsstaatspolizei hat sich am 12. Juni unter dem Namen Reichswarenindustrie Art.-Ges., Telegrammadresse „Reichswort“ Berlin, eine neue Reichsstaatspolizei gebildet, die wie feilzeitliche, große Bekände der Reichsstaatspolizei zur weiteren Verarbeitung und Verteilung übernahm. Die Reichsstaatspolizei hat sich am 12. Juni unter dem Namen Reichswarenindustrie Art.-Ges., Telegrammadresse „Reichswort“ Berlin, eine neue Reichsstaatspolizei gebildet, die wie feilzeitliche, große Bekände der Reichsstaatspolizei zur weiteren Verarbeitung und Verteilung übernahm. Die Reichsstaatspolizei hat sich am 12. Juni unter dem Namen Reichswarenindustrie Art.-Ges., Telegrammadresse „Reichswort“ Berlin, eine neue Reichsstaatspolizei gebildet, die wie feilzeitliche, große Bekände der Reichsstaatspolizei zur weiteren Verarbeitung und Verteilung übernahm.

**Der verstärkte Unterrichtsbesuch der preussischen Landesversammlung beriet das Gesetz über die Schuldeputationen zu Ende; es wurde in voller Einmütigkeit aller Parteien angenommen.**

Die Gesellschafter haben nach dem inzulässigen eingegangenen Reichstagsantrag des Reichsjustizministeriums den Vorstoß an den Schuldeputationen. Die merklichste Änderung die das Gesetz durch die Ausschussberatung erfahren hat, ist, daß in den Schuldeputationen, Schulkommissionen und Schulvorständen die Lehrer und Laien größeren Einfluß erhalten sollen. Eine zweite Lesung ist in Aussicht genommen.

**Ausland.**

**Annahme der Friedensbedingungen durch die Türkei**

Haag, 28. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Konstantinopel wird der „Daily Express“ gemeldet, daß sich die Konstantinopeler Regierung bereit erklärt habe, die von dem Verband gestellten Friedensbedingungen anzunehmen. Nur gegen die Abtretung Smirnas und Thrakiens an Griechenland wird Einspruch erhoben. Die Türkei verlangt, daß Griechenland dieselben Grenzen erhalten solle, wie sie nach dem letzten Balkankriege festgelegt worden seien.

**Das republikanische Parlament in Irland.**

Brüssel, 27. Juni. Aus London wird berichtet: Der jüngst gewählte Reichstag von Irland ist heute in der ersten Male zusammengetreten und hat dem republikanischen Parlament als der gesetzmäßigen Regierung Treue gelobt. Mitglieder dieses Reichstages sollen auswärtigen Regierungen zugestellt werden.



